

# Union des Finanzpersonals in Europa



An die  
UFE-Mitgliedsverbände

Berlin, den 13. August 2010 ./bb


## Information Nr. 10/2010

### Niederschrift über die Sitzung des Steuerausschusses der UFE am 24. Juni 2010 in Paris bei der SNUI

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

in der Anlage übersenden wir die Niederschrift über die Sitzung des Steuerausschusses der UFE am 24. Juni 2010 in Paris bei der SNUI. Für die Tagungsmöglichkeit und die Gastfreundschaft möchte sich das Präsidium der UFE an dieser Stelle nochmals ganz herzlich bei der SNUI bedanken.

Mit besten kollegialen Grüßen

  
(R. Zender)  
UFE-Generalsekretär

Präsident  
Dieter Ondracek

Generalsekretär  
Rafael Zender

Friedrichstraße 169/170  
D-10117 Berlin

Telefon  
(+49) 30/20 62 56 600  
Telefax

(+49) 30/20 62 56 601  
post@ufe.ch  
<http://www.ufe.ch>

Sparkasse KölnBonn  
Konto-Nr. 8 553 661  
BLZ 370 501 98  
DE55 3705 0198 0008553661  
COLSDE 33

Postbank Berlin  
Konto-Nr. 681 126 102  
BLZ 100 100 10  
DE 06 1001 0010 0681 1261 02  
PBNKDEFF



Union des Finanzpersonals  
in Europa

## **Niederschrift**

### ***über die Sitzung des Steuerausschusses der UFE am 24. Juni 2010 in Paris bei der SNUI***

Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitsliste

1. **Eröffnung und Begrüßung durch den Präsidenten der UFE,  
Dieter Ondracek, und den Vorsitzenden des Steuerausschusses,  
Serge Colin**

Der Vorsitzende des Steuerausschusses, Kollege Serge Colin, eröffnet die Sitzung um 9.10 Uhr und begrüßt die Teilnehmer. Er erläutert, dass zwei der angemeldeten Luxemburger Kollegen nicht teilnehmen können, da aufgrund des heutigen Streiks in Frankreich keine Zugverbindung zwischen Paris und Luxemburg bestehe. Er schlägt vor, die TO-Punkte 2 und 6 zusammen zu behandeln, wie auch die weiteren TO-Punkte im Sachzusammenhang anzusprechen. Im Hinblick auf TO-Punkt 2 lenkt er das besondere Augenmerk auf die Aussagen von Kommissar Kovacs über den Personalmangel in den europäischen Steuerverwaltungen im Bericht der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1798/2003 des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer. Sodann gibt er das Wort an den Präsidenten der UFE, Dieter Ondracek.

Der UFE-Präsident erläutert, dass es im Hinblick auf die Tagung in Portugal spannende Themen vorzubereiten gebe. Die Tobinsteuer bzw. die daraus abgeleitete Transaktionsteuer sei aktuelles europäisches Thema geworden. Er habe sich als UFE-Präsident dahingehend positioniert, dass die Schadenverursacher selbst zur Schadensbeseitigung herangezogen werden sollten. In jeder Spielbank gebe es eine Aufsicht und Spielregeln, bei der Börse jedoch nicht. Offensichtlich habe das Fehlen von Regeln in die Finanzmarktkrise geführt. Von der DSTG sei daher eine Transaktionsteuer von 0,5 % vorgeschlagen worden. Bundeskanzlerin Angela Merkel möchte diese, wie auch eine Bankenabgabe, nicht allein durchsetzen und hoffe auf europäische Unterstützung. Der Börsenumsatz in Deutschland betrage 3,8 Billionen, hinzu kämen 4 Billionen „Luftgeschäfte“. Die Erhebung von 0,5 % Transaktionsteuer könne den Schaden abmildern und die Anlage eines Vorsorgefonds ermöglichen. Falls Europa und die G-20-Staaten nicht mitmachen würden, müsse Deutschland die Transaktionsteuer im Alleingang angehen.

Kollege Constantin Liberis berichtet sodann über die Krise in Griechenland. Man habe zum einen besonderes Augenmerk auf die Bekämpfung der Steuerhinterziehung gelegt. Ein neues Gesetz drohe bei Steuerhinterziehung härtere Strafen an, sogar die vorübergehende Schließung eines Betriebes sei als Strafe möglich. In Griechenland seien im Steuerbereich 14.000 Beamte tätig, es würden jedoch 5.400 Beamte mehr benötigt, um die vorgesehenen Aufgaben bewältigen zu können. Von 14 Monatsgehältern im öffentlichen Dienst seien effektiv unter Berücksichtigung von Prämien 4 Monatsgehälter, auf das Jahr gerechnet, gestrichen worden. Für vier bis fünf ausscheidende Mitarbeiter solle nur eine Neueinstellung erfolgen.

Die ungarischen Kollegen erläutern, dass in Ungarn Zoll und Steuer zusammengelegt worden seien. Ungarn habe 10 Millionen Einwohner, der Zoll habe 7.000 Beschäftigte, die Steuer 15.000 Beschäftigte.

Die Kollegen aus Großbritannien berichten, dass die Steuer- und Zollverwaltungen im Jahre 2005 zusammengelegt worden seien. Die ca. 100.000 Mitarbeiter seien auf 75.000 Mitarbeiter zusammengeschumpft worden bei 60

Millionen Einwohnern. Auf den Zusammenhang zwischen Personalreduzierung und Volumen der Steuerhinterziehung weise die bereits an die Mitgliedsverbände übersandte britische Ausarbeitung (siehe UFE-Info Nr. 5/2010) hin. Es komme dadurch zu 120 Milliarden Pfund Ausfall. Des Weiteren würde wegen Personalmangels auf die Eintreibung von 11 Milliarden Pfund Steuern seitens des Staates verzichtet werden.

Kollege Albert Van de Sande berichtet für Belgien, dass Belgien bei 10,8 Millionen Einwohnern 29.000 Beschäftigte im Finanzsektor habe, 4.300 Zöllner und 16.500 Steuerbeamte auf Landesebene. Das Problem seien die drei Sprachen französisch, flämisch und deutsch. Gemäß Studien würden 20 Milliarden Steuern, also etwa 20 % der gesamten Einnahmen, pro Jahr hinterzogen werden. Die Regierung selbst gebe nur 4 Milliarden als Steuerhinterziehungsvolumen an. Von 2004 bis 2009 seien in Belgien 2.500 Stellen in der Verwaltung abgebaut worden, bis 2012 sei der Abbau weiterer 2.500 Stellen geplant. Belgien habe zwei Steueramnestien durchgeführt, die jedoch zu keinem nennenswerten Mehrergebnis geführt hätten.

Die französischen Kollegen erläutern, dass bei 60 Millionen Einwohnern 125.000 Bedienstete in der Finanzverwaltung beschäftigt seien, 75.000 in der Festsetzung und Erhebung. Seit 2003 habe die Steuerverwaltung 9.000 Bedienstete weniger. Der Zoll habe 22.000 Beamte. Die Steuerkontrolle werde zurückgefahren, da man mehr auf Tax Compliance bzw. auf eine Einigung mit dem Steuerpflichtigen setze.

Die SNUI schätze das Steuerhinterziehungsvolumen auf 40 – 50 Milliarden Euro, die Regierung nur auf 30 – 40 Milliarden. Es gebe eine neue Behörde zur Bearbeitung von Steuerfällen, die in Verbindung zu Steuerparadiesen stehen. Eine Steueramnestie sei nicht geplant, man könne jedoch freiwillig Geld melden. Die Steuerbürger könnten die hinterzogenen Steuern bezahlen und würden nur eine sehr geringe Strafe zahlen müssen. Dies habe jedoch nur 1 Milliarde von den geschätzten 30 – 40 Milliarden eingebracht.

Die neu eingeführte «Kriminalsteuerbehörde» ist ein Team, das sich aus 10 Beamten der Finanzverwaltung und 10 Polizisten zusammensetzt. Diese wurden speziell dazu abkommandiert, diese neue «Steuerpolizei» zu bilden, welche damit beauftragt sein wird, die schwierigsten Ermittlungen aufzunehmen, um die schwersten und kompliziertesten Fälle des Steuerbetrugs zu bekämpfen. Die Verfahren werden wahrscheinlich in der Zuständigkeit eines Richters bleiben.

In Frankreich setzt sich die Anzahl der Beamten in der neuen, 2008 gegründeten Verwaltung, folgendermaßen zusammen: von 125.000 Beamten sind 75.000 für die Steuerveranlagung, die Kontrolle, die Einziehung und Rechtsstreitigkeiten bzgl. der Steuern und Abgaben zuständig (Steuerbereich). 50.000 sind mit der öffentlichen Verwaltung und demnach mit den öffentlichen Ausgaben betraut (Serviceleistungen für die Gebietskörperschaften und Verwaltung der Kommunalsteuern). Ungefähr 3.000 Beamte, die einen Teil dieser 125.000 darstellen, sind in die Zentralverwaltung in Bercy abkommandiert.

Für den Kampf gegen die internationale Steuerhinterziehung hat die französische Regierung ihre eigene Liste der unkooperativen Staaten aufgestellt, die 18 Staaten umfasst. Die Steuerkontrollen in ihrer Gesamtheit werden durch ungefähr 10.000 Beamte gewährleistet, tatsächlich werden aber nur 5.000 im Rahmen vertiefter Kontrollmaßnahmen tätig (Prüfungen in den Unternehmen und schwerwiegende Maßnahmen, die unter die Zuständigkeit eines Richters fallen).

Dieter Ondracek erläutert, dass Deutschland 82.000 Millionen Einwohner habe, die Steuerverwaltung habe 112.000 Steuerbeamte. Davon seien 20.000 im Außendienst, aufgeteilt wiederum in 12.000 Betriebsprüfer, 2.500 Steuerfahnder, 2.000 Umsatzsteuer-Sonderprüfer und 3.500 Lohnsteuer-Außenprüfer. Benötigt würden zur sachgerechten Erledigung der übertragenen Aufgaben mindestens 15.000 Beamte mehr. Die Steuerhinterziehung betrage im Jahr mindestens 30 – 40 Milliarden Euro. Er erläutert, dass zusätzliche Steuerbeamte Geld einbringen. So bringe ein Betriebsprüfer / Steuerfahnder 1 Million Euro mehr Steuern pro Jahr. Die Kosten für die Tätigkeit betragen brutto einschließlich des Büros jedoch nur 80.000 Euro.

Er erläutert sodann die politische Diskussion über den Ankauf von CD's mit Steuerdaten aus Liechtenstein und der Schweiz. In Deutschland sei die Frage

aufgeworfen worden, ob der Staat diese ankaufen dürfe oder nicht. Seitens der DSTG sei man der Ansicht, er dürfe nicht nur, sondern er müsse solche Daten ankaufen. Mittlerweile seien 22.000 Selbstanzeigen in Folge des bekannt gewordenen Datenankaufs eingegangen, die 1,7 Milliarden Euro in die Kasse bringen würden. Die DSTG vertrete die Notwendigkeit der Abschaffung der Selbstanzeige, weil sie eine Privilegierung der Steuerhinterziehung sei. Es werde ein falsches Zeichen gesetzt. Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag habe die Initiative der DSTG aufgegriffen und einen Gesetzesantrag in den Bundestag eingebracht. Insgesamt seien Daten von 4.500 Personen auf den Datenträgern, die zurzeit von der Steuerfahndung bearbeitet würden. Im Einzelfall werde untersucht, ob nur die eingenommenen Zinsen nicht versteuert wurden oder auch das zugrunde liegende Kapital nicht versteuert ist. Insgesamt seien es 30.000 Datensätze, die auf die 4.500 Steuerpflichtigen zugeordnet werden. Es handele sich um Privatpersonen.

Bei einer Daten-CD seien auch Daten von Ausländern enthalten, die an die entsprechenden Staaten weitergeleitet wurden. Neben den Strafverfahren gegen die Steuerhinterzieher würden auch 500 Verfahren gegen Bankmitarbeiter wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung eingeleitet.

Kollege Albert Van de Sande erläutert, dass Daten von angekauften Datensätzen in Belgien nicht verwertet werden könnten. Wenn allerdings die Informationen von einem anderen Land kommen würden, könnten die Daten verwertet werden.

UFE-Präsident Dieter Ondracek führt aus, dass grundsätzlich von den Anwälten behauptet werde, die Daten dürfen strafrechtlich nicht verwertet werden. In Deutschland gebe es jedoch kein entgegenstehendes Gerichtsurteil, das eine strafrechtliche Nichtverwertbarkeit ausgeurteilt habe. Im Steuerstrafverfahren stelle sich die Frage der Verwertbarkeit im Regelfall nicht, da die Beweisführung anhand anderer Unterlagen erfolge, die durch Beschlagnahmen erlangt wurden oder durch Zeugenvernehmungen. Es wird angeregt, das Thema der Verwertbarkeit von angekauften Daten in Lissabon zu behandeln.

Im Hinblick auf die zu verhängenden Strafen bei Steuerhinterziehung erläutert Dieter Ondracek das Urteil des deutschen Bundesgerichtshofs, dass u. a. bei Steuerschaden über 1 Million eine Gefängnisstrafe als obligatorisch ansehe.

Kollegin Mary Farrell von der irischen Gewerkschaft AHCPs regt eine Übersendung des BGH-Urteils, in dem die Strafen gestaffelt aufgeführt sind, an alle Mitgliedsverbände an.

Zur Personalsituation in Deutschland erläutert UFE-Präsident Ondracek, dass eine Kürzung von 10.000 Stellen beim Bund beschlossen worden sei, bei den 16 Landessteuerverwaltungen hingegen davon auszugehen sei, dass man nicht bei der Steuerverwaltung sparen werde.

Nach der Mittagspause gibt Kollege Helder Ferreira zunächst einen Überblick über den Stand der Vorbereitungen für den 45. UFE-Kongress in Lissabon. Er bittet Generalsekretär Rafael Zender, hinsichtlich der noch ausstehenden Rückmeldungen eine Frist bis spätestens 15. Juli 2010 zu setzen, nach der keine Teilnahme- oder Übernachtungswünsche mehr berücksichtigt werden können. Des Weiteren bittet er jede UFE-Mitgliedsgewerkschaft um Übersendung einer Landesflagge im Format DIN A4.

Im Hinblick auf die portugiesische Steuerverwaltung erläutert er, dass bei 10 Millionen Bürgern 10.500 Beschäftigte in der Finanzverwaltung tätig seien und 1.500 im Zollbereich. Vor 5 Jahren habe die Gesamtzahl noch 15.000 Beschäftigte betragen. Er erläutert, dass keine Gehaltserhöhungen für den öffentlichen Dienst geplant seien. Zudem sollen aus der Fläche ca. 1.600 Beschäftigte der Finanzverwaltung abgezogen und in den Zentren eingesetzt werden. Die STI habe bei den betroffenen Bürgermeistern der Gemeinden, aus denen die Mitarbeiter abgezogen werden, Unterstützung für eine Abwendung dieser für den Bürgerservice feindlichen Maßnahme gesucht.

Die irischen Kollegen erläutern, dass die Gehälter um 15 % reduziert worden seien. Die öffentliche Meinung sei zurzeit gegen den öffentlichen Dienst eingestellt. In den nächsten 4 Jahren soll keine weitere Gehaltsreduzierung



erfolgen, aber auch keine Erhöhung mehr. Über die Reduzierungen im öffentlichen Sektor wolle man geringere Lohnkostensteigerungen im privaten Sektor erreichen. Bei 5 Millionen Einwohnern seien 6.200 Beschäftigte im Steuer- und Zollbereich tätig, der vor 7 Jahren zusammengeführt worden sei.

Kollege Jorn Rise Andersen erläutert, dass bei 5,3 Millionen Einwohnern 8.000 Beschäftigte im zusammengeführten Steuer- und Zollbereich tätig seien. Im Jahre 2005 habe die Zahl noch 12.000 betragen, im Jahre 2015 soll es nur noch 6.700 Bedienstete geben. Er regt an, den Themenkomplex „Compliance“ in Lissabon zu behandeln, weil staatlicherseits darauf gesetzt werde, mittels des Instruments der „Tax Compliance“ Personal abbauen zu können. Er erläutert, dass die Steuerbehörden in Dänemark Zugriff auf die Kontodaten der Bankkunden haben würden bzw. die Banken unproblematisch Auskünfte erteilen würden.

Kollegin Irene Thill erläutert, dass bei 500.000 Luxemburger Einwohnern 900 Beschäftigte in der Finanzverwaltung tätig seien. Die Finanzverwaltung sei in die Bereiche direkte Steuern, indirekte Steuern und Zoll aufgeteilt. Für 2011 seien keine Einsparungen vorgesehen, es gebe aber auch keine Erhöhung der Gehälter. Ausscheidende Kollegen würden nicht durch Neueinstellungen ersetzt werden. Man gehe davon aus, dass man Personal durch Verschmelzungen und eine stärkere Implementierung der Informationstechnik erzielen könne. Bei den direkten Steuern sei ein neues Steuergesetz verabschiedet worden, in Luxemburg setze man ebenfalls verstärkt auf den Compliance-Gedanken. Die Zahl der Steuerpflichtigen sei zwar gestiegen, das Personal aber nicht.

Die französischen Kollegen erläutern, dass die Gehälter in Frankreich ebenfalls eingefroren werden. Im Jahr zuvor habe die Steigerung 0,5 % betragen.

Die ungarischen Kollegen erläutern, dass Steuer- und Zollverwaltung zusammengeführt werden sollen und bei den Bediensteten das 13. Monatsgehalt eingespart werde. Es gebe auf das Jahr gerechnet nur noch 12 Monatsgehälter. Im Zollbereich bestehe aufgrund der vierteljährlichen Prämien eine spezielle Situation. Bedenklich sei, dass die neue Regierung mit der vorhandenen



Mehrheit sehr starke Änderungen vornehmen könne, sogar die Verfassung ändern. Die Wahlperiode dauere 4 Jahre. Steuern und Zoll sollen zusammengelegt werden, was mit der Gewerkschaft bisher nicht abgestimmt worden sei. Durch die Zusammenlegung soll Personal eingespart werden. Verstärkt bekämpft werden soll, wie in Griechenland auch, die Steuerhinterziehung, insbesondere die Mehrwertsteuerhinterziehung wie auch der Schwarzmarkt bekämpft werden soll. Ein gravierender Einschnitt sei die geplante Aufhebung des Kündigungsschutzes in Ungarn für den öffentlichen Dienst.

Abschließend werden noch verschiedene Themen erörtert. Hinsichtlich der Neuwahlen des Präsidiums in Lissabon bittet Kollege Albert Van de Sande Generalsekretär Rafael Zender, das Präsidium bei der morgigen Sitzung zu bitten, Kandidaturen für die Präsidiumswahl im September 2010 in Portugal möglichst zeitnah bekanntzugeben. Albert Van de Sande bittet des Weiteren, den Fragebogen von Kollegen Fernand Muller bei der Festlegung der Themen in Lissabon zu berücksichtigen.

Kollege Gábor Holecz von der VPFSZ bedankt sich beim Generalsekretär für die schnelle Abfrage zur Implementierung der Steuerfahndung in den Polizeidienst und den Erhalt der Antworten der Mitgliedsgewerkschaften hierzu.

Mit einem herzlichen Dank für die Teilnahme schließt der Vorsitzende des Steuerausschusses die Sitzung um 17.45 Uhr.

	Anschrift	Vorname	Name	23.6.	24.6.	25.6.	Single	Double
NUOD	B - ANTWERPEN	Francois	GORIS	✓			1	
DSTG	D - BERLIN	Dieter	ONDRAGEK	✓	1		1	
<del>GDG</del>	<del>D - BERTIN</del>	<del>Heinert</del>	<del>WITTFEDER</del>	<del>✓</del>	<del>1</del>		<del>1</del>	
DSTG	D - BERLIN	Rafael	ZENDER	✓	1		1	
DTS	DK - KOBENHAVN C	Jorn Rise	ANDERSEN	✓	1	1	1	
DTS	DK - KOBENHAVN C	Charlotte	ROSDAHL-SCHOU	✓			1	
PCS	GB LONDON SW11 2LN	Peter	LOCKHART	✓	1		1	
PCS	GB LONDON SW11 2LN	Lorna	MERRY	✓	1		1	
AFEE	L-2010 LUXEMBOURG	Irene	THILL	✓				1
BDZ	D - BERLIN	Klaus-Hilger	LEPRICH		1		1	
VPFSZ	H-1052 Budapest	Arnold	REZNYIK	✓	1	1	1	
VPFSZ	H-1052 Budapest	Ferenc	BARTA	✓	1	1	1	
VPFSZ	H-1052 Budapest	Lilla	KISS	✓	1	1	1	
VPFSZ	H-1052 Budapest	Gábor	HOLECZ	✓	1	1	1	
STI	PT - LISSABON	Heider	FERREIRA	✓			1	
UNSP	B - BRUXELLES	Albert	VAN DE SANDE	✓	1		1	
AHCPS	IR-DUBLIN	Mary	FARRELL	✓	1			1
AHCPS	IR-DUBLIN	Ciaran	ROHAN	✓	1			1
<del>SNCD</del>	<del>F-7694 Paris-CDG</del>	<del>P.</del>	<del>WITTLIN</del>	<del>✓</del>			<del>1</del>	
SUVI	Vincent Drezet			18	14	5	16	3
A 00327		Ferenc	Peto					

Participants without overnight accomodation



# Union des Finanzpersonals in Europa

---



To the  
Member Associations of UFE

Berlin, 13 August 2010 /bb

## Information No. 10/2010

### Minutes for the Session of the Tax Commission of UFE at SNUI in Paris on 24 June 2010

Dear colleagues,

please find enclosed the minutes for the Session of the Tax Commission of UFE at SNUI in Paris on 24 June 2010. The Presiding Board of UFE would like to take the opportunity to thank SNUI very much again for the possibility to hold the session and the hospitality.

Yours sincerely,

(R. Zender)  
General Secretary of UFE

Präsident  
Dieter Ondracek

Generalsekretär  
Rafael Zender

Friedrichstraße 169/170  
D-10117 Berlin

Telefon  
(+49) 30/20 62 56 600  
Telefax

(+49) 30/20 62 56 601  
post@ufe.ch  
<http://www.ufe.ch>

Sparkasse KölnBonn  
Konto-Nr. 8 553 661  
BLZ 370 501 98  
DE55 3705 0198 0008553661  
COLSDE 33

Postbank Berlin  
Konto-Nr. 681 126 102  
BLZ 100 100 10  
DE 06 1001 0010 0681 1261 02  
PBNKDEFF



Union des Finanzpersonals  
in Europa

---

## **Minutes**

### ***for the Session of the Tax Commission of UFE at SNUI in Paris on 24 June 2010***

Participants: see enclosed attendance list

1. **Opening and welcome by the President of UFE, Dieter Ondracek,  
and the Chairman of the Tax Commission, Serge Colin**

The Chairman of the Tax Commission, our colleague Serge Colin, opens the session at 9:10 am and welcomes the participants. He explains that two of the Luxembourg colleagues, who had announced their coming, cannot participate, since due today's strike in France there was no train connection between Paris and Luxembourg. He suggests to deal with the items on the agenda 2 and 6 together, as well as to address the further items on the agenda in a factual connection. With regard to the item on the agenda 2 he directs the particular attention to the statements of Commissioner Kovacs about the lack of personnel in the European tax administrations in the report of the Commission to the Council and to the European Parliament about the application of regulation (EC) No. 1798/2003 of the Council about the cooperation of the administrative authorities in the field of value added tax. He then gives the floor to the President of UFE, Dieter Ondracek.

The President of UFE explains that with regard to the Congress in Portugal, exciting subjects had to be prepared. The Tobin tax or the transaction tax derived therefrom, respectively, had become a current European subject. He as the President of UFE had positioned himself to the effect that the parties causing the damage themselves should be held responsible for eliminating any damages. At every casino, there was supervision and rules, however, not at the stock exchange. Obviously, the lack of rules resulted in the crisis of the financial market. Therefore, DSTG suggested a transaction tax of 0.5 %. The German Federal Chancellor Angela Merkel does not want to push this through alone, like also a bank levy, and is hoping for European support. The stock exchange turnover in Germany amounted to 3.8 trillions, plus 4 trillions of "sham transactions". Levying a 0.5 % transaction tax could attenuate the damage and enable the establishment of a precautionary fund. If Europe and the G-20 states would not cooperate, Germany had to tackle the transaction tax alone.

Our colleague Constantin Liberis then reports about the crisis in Greece. On the one hand, they had paid particular attention to the fight against tax evasion. A new law threatened with higher punishment in case of tax evasion, even the temporary closure of a company was possible as a punishment. In Greece, 14,000 public officers were working in the area of taxes; however, 5,400 public officers more would be necessary to be able to tackle the planned tasks. Of 14 monthly salaries in public services, considering premiums, effectively 4 monthly salaries, regarding the whole year, had been cut. For four to five employees retiring, there was to be only one new employment.

The Hungarian colleagues explain that in Hungary, customs and taxes had been merged. Hungary had a population of 10 million, customs had 7,000 employees and taxes 15,000 employees.

The colleagues from Great Britain report that the tax and customs administrations had been merged in 2005. The approx. 100,000 employees had been reduced to 75,000 employees, at a population of 60 million. The connection between cuts in personnel and the volume of tax evasion had already been pointed out in the British report (see UFE Information No. 5/2010) sent to the

member associations already. This resulted in a loss of 120 billion pounds. Furthermore, due to the lack in personnel, the collection of 11 billion pounds in taxes could not be pursued on part of the state.

Our colleague Albert Van de Sande reports for Belgium, that at a population of 10.8 million, Belgium had 29,000 employees in the financial sector, 4,300 customs officers and 16,500 tax officers at a national level. The problem was the three languages French, Flemish, and German. According to studies, 20 billion in taxes, i.e. about 20 % of the entire revenues, would be evaded per year. The government itself only stated 4 billion as the volume of tax evasion. From 2004 to 2009, 2,500 jobs in administration had been cut in Belgium, and until 2012, the reduction of a further 2,500 jobs was planned. Belgium had performed two tax amnesties, which, however, had not resulted in a noteworthy surplus.

The French colleagues explain that at a population of 60 million, 125,000 employees were working in the financial administrations, 75,000 in assessing and levying. Since 2003, the tax administration had 9,000 employees less. Customs had 22,000 public officers. Tax control was reduced, since more attention was paid to tax compliance or to settlement with the taxpayer, respectively.

SNUI estimated the volume of tax evasion at 40-50 billion Euros, the government only at 30-40 billion. There was a new authority for processing tax cases in connection with tax havens. A tax amnesty was not planned, however, money could be declared on a voluntary basis. The tax citizens could pay the evaded taxes and would only have to pay a very low fine. This, however, had only resulted in 1 billion of the estimated 30-40 billions.

The newly introduced «tax crime authority» is a team comprising 10 public officers from financial administration and 10 policemen. These were especially assigned to form this new «tax police», which will be assigned with undertaking the most difficult investigations for the fight against the most difficult and complicated cases of tax fraud. The proceedings will probably remain the responsibility of a judge.



In France, the number of public officers in the new administration founded in 2008 is set up as follows: of 125,000 public officers, 75,000 are responsible for tax assessment, control, collection and legal disputes in respect of taxes and duties (tax area), 50,000 are assigned with public administration and therefore with public expenses (services for the regional authorities and administration of the communal taxes), and about 3,000 public officers, who represent part of these 125,000, were assigned to the central administration in Bercy.

For the fight against international tax evasion, the French government set up their own list of uncooperative states, which comprises 18 states. The tax controls in their entirety are guaranteed by about 10,000 public officers, in fact, however, only 5,000 become active within the scope of in-depth control measures (inspections at the companies and severe measures, which are the responsibility of a judge).

Dieter Ondracek explains that Germany had a population of 82,000 million, and the tax administration had 112,000 tax officers. Of these, 20,000 were in field service, distributed again into 12,000 tax auditors, 2,500 tax investigators, 2,000 special value added tax auditors, and 3,500 external wage tax auditors. In order to properly fulfil the assigned tasks, at least 15,000 public officers more would be required. Tax evasion per year amounted to at least 30-40 billion Euros. He explains that additional tax officers would gain money. Thus, the work of a tax auditor/tax investigator gained 1 million Euros in taxes more per year. The costs for the activity, however, only amounted to 80,000 Euros (gross, including the office).

He then explains the political discussion about the purchase of CDs with tax data from Liechtenstein and Switzerland. In Germany, the question had been raised, whether the state was allowed to buy these or not. On the part of DSTG, they are of the opinion that it was not only allowed to, but it actually had to buy such data. Meanwhile, 22,000 voluntary declarations had been received as a consequence of the data purchase becoming public, which would mean an additional income of 1.7 billion Euros. DSTG advanced the necessity of the abolition of voluntary declarations, since it was a privilege of tax evasion and a wrong signal was set.

The parliamentary group of the SPD in the German Bundestag had taken up the initiative of DSTG and introduced a bill at the Bundestag. In total, data of 4,500 persons were on the data carriers, which currently were processed by the tax fraud investigation. In the individual case it was investigated, whether taxes had not been paid on interest gained only or whether taxes have not been paid on the underlying capital as well. In total, it was 30,000 data records allocated to the 4,500 taxpayers. These were private persons.

On one of the data CDs, data of foreigners were included as well, which were passed on to the respective states. Beside the criminal proceedings against the tax evaders, 500 proceedings had also been instituted against bank employees for aiding and abetting tax evasion.

Our colleague Albert Van de Sande explains that data of purchased data records could not be used in Belgium. If, however, the information came from another country, the data could be used.

The President of UFE Dieter Ondracek states that basically it was alleged by the lawyers, that the data must not be used in criminal proceedings. In Germany, however, there was no court decision to the contrary, refusing the use of evidence gathered in such manner in criminal proceedings. In criminal tax proceedings, the question of usability normally did not arise, since the argumentation took place on the basis of other documents obtained by confiscations or hearings of witnesses. It is suggested to deal with the subject of usability of purchased data in Lisbon.

With regard to the penalties to be imposed for tax evasion, Dieter Ondracek explains the judgment of the German Federal Supreme Court (BGH), which, among other things, considered imprisonment as mandatory for tax damages of more than 1 million.

Our colleague Mary Farrell of the Irish trade union AHCPS suggests sending of the BGH's judgement, listing the penalties in a graduated manner, to all member associations.

On the staffing situation in Germany, the President of UFE Ondracek explains that a cut of 10,000 jobs in the federation had been decided, however, that in the 16 national tax administrations it was to be assumed, that there will be no savings in tax administration.

After the lunch break, our colleague Helder Ferreira first gives an overview over the state of the preparations for the 45<sup>th</sup> Congress of UFE in Lisbon. He requests General Secretary Rafael Zender to set a deadline until 15 July 2010, at the latest, with regard to the still pending feedback, after which no participation or accommodation requests can be considered anymore. Furthermore, he requests each member union of UFE to send a national flag in the DIN A4 format.

With regard to the Portuguese tax administration, he explains that at a population of 10 million, 10,500 employees worked in financial administration and 1,500 in the customs area. 5 years ago, the total number had still been 15,000 employees. He explains that no salary increases were planned for public services. In addition, approx. 1,600 employees of financial administration nationwide were to be relocated to the centres. STI had asked the mayors of the affected municipalities, from where employees are removed, for support to avoid this "hostile" measure against citizen services.

The Irish colleagues explain that the wages had been reduced by 15 %. Currently, the public opinion was against civil services. Over the next 4 years, there is not to be any further reduction in wages, but also no increase. Via the reductions in the public sector, lower wage cost increases in the private sector were to be achieved. At a population of 5 million, 6,200 employees worked in the tax and customs areas, which were merged 7 years ago.

Our colleague Jorn Rise Andersen explains that at a population of 5.3 million in Denmark, 8,000 employees worked in the merged tax and customs areas. In 2005, the number still had been 12,000, in 2015 there are to be only 6,700 employees. He suggests to deal with the complex of issues "compliance" in Lisbon, since on the part of the states, the idea was to reduce staff by means of

the instrument of "tax compliance". He explains that the tax authorities in Denmark had access to the account data of the bank customers or the banks would give information, respectively, in an unproblematic manner.

Our colleague Irene Thill explains that at a population of 500,000 in Luxembourg, 900 employees worked in financial administration. Financial administration was divided into the sections direct taxes, indirect taxes and customs. For 2011, no savings were planned, however, an increase in salaries was not planned either. Retiring colleagues would not be replaced with new employments. It was assumed that the gaps could be closed with mergers and an increased implementation of information technology. For direct taxes, a new tax law had been passed; in Luxembourg, too, there was increased focusing on the idea of compliance. The number of taxpayers had increased, however, that of the personnel had not.

The French colleagues explain that the wages in France will likewise be frozen. In the year before, there had been an increase by 0.5 %.

The Hungarian colleagues explain that tax and customs administrations are to be merged, and that the employees are not to receive the 13<sup>th</sup> monthly wage. Regarding the whole year, there now only were 12 monthly wages. In the customs area, there was a special situation due to the quarterly premiums. It was alarming that the new government could undertake very strong changes with the present majority, even change the constitution. The electoral period was 4 years. Taxes and customs are to be merged, which had not been coordinated with the trade union so far. With the merger, the number of staff is to be cut down. There is to be an increased fight against tax evasion, as in Greece, too, in particular against value added tax evasion and the black market. A heavy blow was the planned elimination of the protection from dismissal for public services in Hungary.

Concludingly, various subjects are discussed. With regard to the election of the Presiding Board in Lisbon, our colleague Albert Van de Sande requests General Secretary Rafael Zender to ask the Presiding Board at tomorrow's meeting to

announce candidacies for the election of the Presiding Board in Portugal in September 2010 as early as possible. Albert Van de Sande furthermore requests considering the questionnaire of our colleague Fernand Muller in the determination of the subjects to be dealt with in Lisbon.

Our colleague Gábor Holecz of VPFSZ thanks the General Secretary for the quick enquiry on the implementation of tax fraud investigation into police services and the obtainment of the responses of the member unions to that.

Thanking the participants warmly, the Chairman of the Tax Commission closes the session at 5:45 pm.

	Anschrift	Vorname	Name	23.6.	24.6.	25.6.	Single	Double
NUOD	B - ANTWERPEN	Francois	GORIS ✓	1			1	
DSTG	D - BERLIN	Dieter	ONDRACEK ✓	1	1		1	
<del>006</del>	<del>D - BERLIN</del>	<del>Hilene</del>	<del>WILDFEUER ✓</del>	<del>1</del>	<del>1</del>		<del>1</del>	
DSTG	D - BERLIN	Rafael	ZENDER ✓	1	1		1	
DTS	DK - KOBENHAVN C	Jorn Rise	ANDERSEN ✓	1	1	1	1	
DTS	DK - KOBENHAVN C	Charlotte	ROSDAHL-SCHOU ✓	1			1	
PCS	GB LONDON SW11 2LN	Peter	LOCKHART ✓	1	1		1	
PCS	GB LONDON SW11 2LN	Lorna	MERRY ✓	1	1		1	
AFEE	L-2010 LUXEMBOURG	Irene	THILL ✓	1				1
BDZ	D - BERLIN	Klaus-Hilger	LEPRICH		1		1	
VPFSZ	H-1052 Budapest	Arnold	REZNYIK ✓	1	1	1	1	
VPFSZ	H-1052 Budapest	Ferenc	BARTA ✓	1	1	1	1	
VPFSZ	H-1052 Budapest	Lilla	KISS ✓	1	1	1	1	
VPFSZ	H-1052 Budapest	Gábor	HOLECZ ✓	1	1	1	1	
STI	PT - LISSABON	Helder	FERREIRA ✓	1			1	
UNSP	B - BRUXELLES	Albert	VAN DE SANDE ✓	1	1		1	
AHCPS	IR-DUBLIN	Mary	FARRELL ✓	1	1			1
AHCPS	IR-DUBLIN	Ciaran	ROHAN ✓	1	1			1
<del>SNCD</del>	<del>F-7694 Paris CDG 04</del>	<del>P.</del>	<del>WILLIEN ✓</del>	<del>1</del>			<del>1</del>	
SNVU	Vincent Drezet			18	14	5	16	3
A 0032T		Ferenc	Peto					
<b>Participants without overnight accomodation</b>								

SCC	L-2982 LUXEMBOURG	Fränz	NAU					
SEAC	L-2982 LUXEMBOURG	Christian	FABER				ent schuldigt	
SNUJ	F-75011 PARIS	Serge	COLIN				ent schuldigt	
<b>-No Reply-</b>								
Vero ty	<del>FI-HELSINKI</del>							
PSEU	<del>IR-DUBLIN 2</del>							
SAFTI	I-00143 ROMA							
POE DOY	GR - 106-72 Athen		Constantin Liberis					